

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 26. Februar 2021

Prof. Dr. Heiner Dunckel:

Die Situation vieler Studierenden ist dramatisch

TOP 39: Gegen Stress und Zukunftsängste im Studium (19/2797)

„Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Jamaika-Koalition, Ihr Antrag ist richtig, aber er greift zu kurz, was uns dann auch zu dem Alternativantrag motiviert hat. Er greift zu kurz, weil er nur Mittel für dieses Jahr vorsieht, wo doch die Probleme uns mehrere Jahre beschäftigen werden. Er greift zu kurz, weil Sie nicht sehen, dass wir hier vor einem strukturellen Problem stehen. Er greift zu kurz, weil er nicht ausreichend mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen des Studentenwerkes abgestimmt ist. Der Übergang von der Schule und dem Elternhaus ins Studium ist eine der besonders tiefen Zäsuren im Leben. Für viele Studierende ist das eine Befreiung, für andere ist es ein Kulturschock. Jede/r von uns, der oder die selbst studiert hat, erinnert sich noch an Studienkolleg*innen, die im Studium gescheitert sind. Und das lag nicht immer nur an mangelnden Fähigkeiten oder gar an Faulheit, sondern häufig an einer existenziellen Überforderung mit entsprechenden psychischen Folgen, die leider nicht selten im Suizid enden. Wenn es aber gut verläuft, dann verlässt die oder der Betreffende die Hochschule mit hoffentlich vielen erworbenen Kompetenzen und einer entwickelten Persönlichkeit.

Bisher konnten viele Studierende, die zu scheitern drohten, auch auf die Unterstützung anderer Studierender und persönlicher Freunde bauen. Das ist jetzt weggefallen. All das, was Hochschule als Lebensraum ausmachte, findet jetzt nicht mehr statt. Nicht nur die Lehrveranstaltungen, sondern auch Studienberatungen, BAföG-Informationen und Wohnraumvermittlung finden nur noch Online statt. Noch nie war die Gefahr an einer Hochschule mit vielen tausend Studierenden, Lehrenden und sonstigen Beschäftigten völlig zu vereinsamen, so groß wie heute. Unsere Hochschulen haben sich auf diese veränderte Situation noch nicht wirklich eingestellt bzw. konnten dies auch nicht. Gerade für die Studienanfängerinnen und -anfänger liegen die Barrieren so hoch wie noch nie. Der Antrag der Koalitionsfraktionen geht deshalb in die richtige Richtung, weil er zwei wesentliche Aspekte gleichzeitig anspricht: die Hilfestellung gegen psychische Verletzung und die Hilfestellung gegen Verarmung.

Ich höre immer wieder Beschwerden darüber, dass die Bearbeitung von BAföG-Anträgen zu lang dauert, zumal die meisten Studierenden kein großes finanzielles Polster haben, von dem sie zehren können. Und man muss es auch immer wieder sagen: die prekärste Gruppe an der Hochschule sind nicht diejenigen, die den BAföG-Höchstsatz in Anspruch nehmen können. Es sind diejenigen, deren Eltern gerade so viel verdienen, dass ihre Kinder ganz knapp an der BAföG-Berechtigung vorbeischliddern oder nur einen Minimalbetrag erhalten und gerade jetzt

nicht wissen, wie sie diese ständig wachsende Finanzlücke schließen können. Es ist deshalb richtig, das Studentenwerk finanziell und organisatorisch dafür fit zu machen, diese vielfachen Herausforderungen zu bewältigen. Es wäre aber glaubwürdiger gewesen, wenn Sie es nicht bei ihren 120.000 € für die Studienstarthilfen belassen hätten, die Sie gestern beschlossen haben, sondern wenn Sie unseren Haushaltsantrag übernommen und unterstützt hätten, dem Studentenwerk für die Härtefallfonds wenigstens eine Million zur Verfügung zu stellen. Ich will nicht behaupten, dass diese Summe für jeden einzelnen Notfall auskömmlich gewesen wäre, sie hätte aber wenigstens gezeigt, dass wir die Befürchtungen vieler Studierender ernst nehmen. Der von Ihnen vorgesehene Beitrag tut das jedenfalls nicht.

Entscheidend ist aber, dass wir die psychosoziale Beratung schnell, dauerhaft und insbesondere personell ausbauen. Unser Antrag hat zum Hintergrund, dass für viele Studierende die Situation mehr als dramatisch ist mit deutlichen Folgen für die psychische Gesundheit. Studienprobleme führen zunehmend zu psychischen Störungen und Erkrankungen, die weder beratend noch therapeutisch behandelt werden können. Hier sind wir in der Pflicht, das Studentenwerk mit mehr Mittel und Personal auszustatten, um präventiv und beratend die großen Probleme zu lindern.

Wir beantragen, die beiden Anträge in den Bildungs- und Finanzausschuss zu überweisen, um dort zügig zu entscheiden. Wir sind – so glaube ich – in der Problembeschreibung nicht auseinander und ich hoffe, dass dies auch für einer weitergehende Lösung gilt.“